

WAHLPRÜFSTEINE

mit Fragen an die Parteien zur Landtagswahl

am 08.10.2023 in Hessen

DIE LINKE HESSEN

1. Personal

Wie sehen Sie die Entwicklung des Personals in den nächsten 5 Jahren bei dem Anstieg an Aufgaben und Herausforderungen in der Hessischen Polizei? Wir bitten hier zu unterscheiden zwischen Vollzugsbeamten, Verwaltungsbeamten und Tarifpersonal.

Welche besonderen Maßnahmen werden Sie ergreifen, um die Attraktivität zu steigern, um Menschen für den Bereich der Polizei zu gewinnen? (maximal 3 Punkte)

Nennen Sie uns drei Gründe warum die Kolleginnen und Kollegen aus dem Bereich der Polizei und Ordnungsbehörden Ihre Partei wählen sollten?

Es gibt sehr viele gute Gründe, weshalb auch Polizeibeamtinnen und Beamte DIE LINKE wählen sollten! Wir haben uns bisher im Landtag immer entschieden für den Ausbau der Anwärter:innen-Stellen eingesetzt. Wir haben auch immer wieder die Nullrunde und die 1%-Runde (2015 - 2016) kritisiert, wie auch eine rückwirkende Besoldungs- und Versorgungserhöhung (nach der Feststellung der Verfassungswidrigkeit der hessischen Beamtenbesoldung) für alle Betroffenen gefordert! Zudem setzen wir uns seit Jahren (leider bisher erfolglos gegen schwarz-grün) für eine umfassende Novelle des HPVG ein. Zur Stärkung der Rechte der Personalrät:innen und für das Letztentscheidungsrecht der Einigungsstellen!

Wir sehen nach wie vor eine Unterbesetzung im gesamten Polizeidienst, die den zusätzlichen Anforderungen und Aufgaben sowie der technischen Entwicklung seit vielen Jahren hinterher hinkt. Auch wir unterstützen deshalb Ihre Forderungen. In allen Bereichen der Polizei muss die Attraktivität, durch flächendeckende Reduzierung der Überstunden, mehr planbare freie Zeiten und einer Erhöhung der Beförderungsmöglichkeiten (ab A11 aufwärts) verbessert werden.

2. Digitalisierung

Wie werden Sie diese zusätzliche Belastung in Zukunft angehen und möglichst abfedern?

Oft fällt in Gesprächen und Sitzungen das Wort „Mehrungsverbot“, welches als ein sehr starres Hindernis hin zu einer besseren mobilen und digitalen Verwaltung wahrgenommen wird.

Ist Ihnen dies bewusst und wie beabsichtigen Sie mehr Flexibilität in diesen hoch dynamischen Prozess der Digitalisierung, parallel zu langfristigen Planungen und Rollout-Terminen, voranzubringen?

Grundsätzlich halten wir es für wichtig und notwendig, dass die digitale Entwicklung innerhalb der Polizei stets mit den betroffenen Beschäftigten vorbereitet und ausgiebig getestet wird, denn sie sind die Expert:innen! Deshalb muss für solche umfassenden zusätzlichen Tätigkeiten ein zeitweiser Personalausgleich zwingend vorgenommen werden. Das Gleiche gilt auch für die entsprechenden Schulungs- und Qualifizierungsmaßnahmen. Der Begriff "Mehrungsverbot" ist uns bisher in der parlamentarischen Arbeit im Landtag noch nicht bekannt geworden.

3. Alterssicherung

Haben Sie in der nächsten Legislatur vor die Thematik Pensionen aufzugreifen und Einschnitte vorzunehmen?

Können Sie sich vorstellen, dass im Bereich der Tarifbeschäftigten zusätzliche Anreize zur Alterssicherung, z.B. eine „Betriebsrente“ eventuell mit Eigenbeteiligung, zu schaffen?

Wir haben uns stets für die zeit- und inhaltsgleiche Übertragung von Tarifergebnissen auf die Beamt:innen und auch in vollem Umfang auf die Pensionär:innen ausgesprochen. Deshalb haben wir u.a. auch die Nullrunde in 2015, wie auch die magere 1% Erhöhung in 2016 besonders kritisiert und danach jährlich wiederkehrend einen entsprechenden Ausgleich von 3,4% bei den nachfolgenden Haushaltsberatungen beantragt! Leider müssen wir feststellen, dass auch im Tarifbereich die Zusatzversorgungsleistungen Schritt für Schritt verschlechtert wurden. Wir setzen hier auf die Gewerkschaften diesen Trend umzukehren und somit - wie früher eine Gesamtversorgung in angemessener Höhe zum letzten Bruttoverdienst - wieder zu vereinbaren.

4. Besoldung

Wie gedenken Sie in der nächsten Legislatur die Problemlage anzugehen?

Welche Nachbesserungen aus den zurückliegenden Jahren ab dem Feststellungszeitraum 2013 durch den VGH werden Sie vornehmen, um auch kurzfristig die Schiefelage in die Waage zu bringen?

Beabsichtigen Sie die Besoldung in Zukunft anders aufzustellen?

Wir betrachten die Entwicklung der Gehälter und der Besoldungen in Hessen schon seit Jahren mit Sorge. Wir unterstützen am konsequentesten von allen Fraktionen die jeweils aufgestellten Tarif- und Besoldungsforderungen der Gewerkschaften des ÖD und nahmen und nehmen auch an den entsprechenden Aktionen und Streikveranstaltungen aktiv teil. Das ist unser Verständnis von Solidarität! Wenn die gewerkschaftlichen Forderungen konsequent umgesetzt werden, führt dies auch zu einer schrittweisen Verbesserung der Besoldung gegenüber der privaten Wirtschaft.

DIE LINKE. hat sich zudem bisher immer für eine konsequente Übertragung des Tarifergebnisses (zeit- und inhaltsgleich) eingesetzt und dies auch in allen Initiativen im Landtag gefordert. Wir sind von Anbeginn an für eine verfassungskonforme Besoldung und Versorgung eingetreten und werden dies auch weiterhin tun! Wir wollen gemeinsam mit den Gewerkschaften ein Konzept erarbeiten, das eine angemessene rückwirkende Entschädigung, gemessen an den Verlusten ab 2013, sicherstellt und eine Besoldungsanpassung, die insbesondere die unteren Besoldungsgruppen (bis A 10) stärker berücksichtigt. Dies soll gleich nach der Wahl angegangen und möglichst in 2024 abgeschlossen werden. Auch die Änderungen im Besoldungsrecht muss mit den Gewerkschaften gemeinsam erarbeitet und vereinbart werden.

5. Strukturreform/ Aufgaben in Zukunft anders aufstellen

Welche Veränderungen sind hinsichtlich der Strukturen innerhalb Ihrer Parteiprogramme für die nächsten 5 Jahre geplant?

Wie gedenken Sie die Verantwortung in den parallelen Verwaltungsstrukturen stärker einzufordern?

Können Sie sich vorstellen durch gesetzliche Änderungen und Investitionen die kommunale Struktur der Ordnungsämter und Stadtpolizeien zu stärken, sowie eine engere Verzahnung innerhalb der Sicherheitsarchitektur herzustellen und damit ein stärkeres Zusammenwirken mit der Landespolizei abzubilden?

Es gehört zu unserer Ehrlichkeit dazu festzustellen, dass wir zu diesen sehr speziellen Fragen der internen Abläufe und der Zusammenarbeit mit den kommunalen Ordnungsbehörden bisher keine eigenen Konzepte entwickelt haben. Hierzu möchten wir aber auch auf unsere Antworten zu 3. und 4. verweisen. Wir haben uns immer für eine intensive Zusammenarbeit mit den Personalräten der Polizei, speziell in all diesen Fragen, ausgesprochen.

6. Verschiedenes

**Welche präventiven Maßnahmen können Sie sich vorstellen, um der Fürsorge und dem Schutz der Beschäftigten noch mehr Raum zu geben? (Maximal 3)
Sehen Sie die Fürsorge für betroffene und geschädigte Kolleginnen und Kollegen als ausreichend an?**

Welche Maßnahmen und / oder Instrument mochten Sie in der nächsten Legislatur angehen und implementieren? Haben Sie Vorstellungen wie eine andere Abarbeitung des Dienstunfalls und einhergehenden Belastungen ermöglicht werden kann?

Können Sie sich die Beweislastumkehr vorstellen, folglich die Nachweisführung zu Lasten des Dienstherrn erfolgt?

Bei den bestehenden Aufgaben und Herausforderungen ist es wichtig gemeinsam und stark sich diesen zu stellen. Dazu ist es aus unserer Sicht notwendig die einzelnen Protagonisten zusammenzuführen und diese Gemeinsamkeit nach außen zu tragen, im Besonderen mit Blick auf die uns allen am Herzen liegenden Grundfesten unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung. Nur mit einem gemeinsamen und beständigen Fundament ist eine zielführende und nachhaltige Zusammenarbeit möglich. Wie gedenken Sie uns als Gewerkschaft und damit Vertreter der Kolleginnen und Kollegen einzubinden? Welchen Wunsch oder Gedanken möchten Sie an uns herantragen?

Gewalt gegen Menschen lehnen wir in jeglicher Form ab. Es muss oberste Aufgabe des Dienstherrn sein, alle Mitarbeiter:innen nach besten Kräften vor Gewalt und Übergriffen zu schützen. Hier sind die berufsbedingten Gefahren im Polizeidienst besonders hoch. Eine weitere Strafrechtsverschärfung halten wir allerdings nicht für notwendig und sinnvoll, da in den meisten Fällen keine Abschreckungswirkung entfaltet wird. Wir können uns allerdings rechtliche Änderungen vorstellen, die es den betroffenen Beamt:innen leichter macht Ihre Dienstunfälle besser anerkannt zu bekommen. Hier ist für uns auch eine Beweislastumkehr denkbar.

Als Landtagsfraktion wurden wir bisher in vielfältiger Weise direkt von Personalräten der Polizei, von Einzelpersonen und auch von den Gewerkschaften angesprochen. Wir stehen auch weiterhin gerne als Gesprächspartner zur Verfügung und gehen auch weiterhin auf die Gremienvertreter:innen selbst aktiv zu. Wir möchten uns dafür auch bei der DPoIG und Ihren Vertreter:innen herzlich bedanken.